

Kein neues Akw in Fessenheim geplant

Frankreich will seine Atomkraftwerke modernisieren, aber nicht im Elsass

Von Bärbel Nückles

STRASSBURG. Spekulationen über den Bau eines neuen Atomkraftwerks auf dem Gelände des alten Reaktors im elsässischen Fessenheim entbehren der Grundlage. Das sagt ein Kenner der Badischen Zeitung. Grundsätzlich plant die französische Regierung allerdings den Bau neuer Atomkraftwerke.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Südlicher Oberrhein hatte kürzlich Gedankenspiele angestellt, ob nicht Fessenheim Standort eines neu zu errichtenden Atomkraftwerks sein könnte. Der Anlass für die Spekulationen: Die Zeitung *Le Monde* hatte ein Schreiben veröffentlicht, wonach das staatliche Energieunternehmen EdF bis Mitte 2020 ein Konzept für den Bau neuer Reaktoren vorlegen soll. Angedacht sind drei Standorte mit jeweils zwei Reaktoren vom Typ EPR (European Pressurized Reactor).

Einer dieser künftigen Standorte könne Fessenheim sein, hatte der BUND daraufhin gemutmaßt. Platz wäre zwar vorhanden: EdF hat seit den 1970er Jahren ein weitläufiges Gelände neben dem heutigen Akw unbebaut gelassen. Die Lage am Rheinseitenkanal wäre mit reichlich Kühlwasser auch für neue Reaktoren günstig. Die Pressestelle von EdF gibt auf eine entsprechende Anfrage obendrein eine ausweichende Antwort.

Jean-Paul Lacôte, der als Vorstandsmitglied von Alsace Nature und France Nature Environnement nationalen französischen Gremien angehört, die der Transparenz im Bereich nukleare Sicherheit dienen, hält solche Befürchtungen allerdings für unbegründet. Lacôte berichtete der Badischen Zeitung von einer Sitzung



Das Akw Flamanville FOTO: PIERRE BERENGER (DPA)

des Haut comité pour la transparence et l'information sur la sécurité nucléaire vor kurzem in Paris. Gemeinsam mit Leuten von Greenpeace habe er den EdF-Vertretern auf den Zahn gefühlt, nachdem der mögliche Bau neuer Reaktoren zur Sprache gekommen sei. „In diesem Zusammenhang“, berichtet Lacôte, „hat man uns unmissverständlich versichert, dass Fessenheim bei diesen Überlegungen nicht Betracht gezogen wird.“

Darüber hinaus widerspräche ein Festhalten am Atomstandort Fessenheim – über den Rückbau des jetzigen Akw hinaus – dem aktuellen deutsch-französischen Konsens in Hinblick auf die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Fessenheim. Die grenzüberschreitende Kooperation bei diesem Thema ist einer der zentralen Punkte des Aachener Vertrags vom Januar 2019. Die Ansiedlung neuer Unternehmen, die Wiederaufnahme einer Bahnverbindung Colmar-Freiburg und der dafür notwendige Bau einer neu-

en Brücke bei Breisach – dies alle stünde auf dem Spiel, würde Frankreich neue Reaktoren im Elsass bauen.

Es bleibt also dabei: 2020 wird das Jahr sein, in dem das Akw in Fessenheim abgeschaltet wird. Eine Abkehr Frankreichs von der Atomkraft bedeutet dies gleichwohl nicht. Ab 2023 hat sich das Land einen Versorgungsmix aus je zur Hälfte erneuerbaren Energien und Atomkraft verordnet. Bis zum Stichjahr müsste EdF – Fessenheim ausgenommen – 14 Reaktoren stilllegen. Soll die Rechnung aufgehen, müsste die Atomaufsicht andere Reaktoren, die demnächst in das Verfahren um eine Zehnjahresverlängerung gehen, erneut genehmigen.

Schon aus Gründen der Versorgungssicherheit erscheint es deshalb aus französischer Sicht

schlüssig, dass die Regierung den Bau neuer, effizienterer Reaktoren nun in Betracht zieht. Politiker aller Parteien in Frankreich betrachtet Atomenergie nicht als unbeherrschbare Gefahr, sondern höchstens als modernisierungsbedürftig.

Atomkraftgegner in Frankreich kritisieren das Vorgehen der Regierung aus zwei Gründen. Zum einen hat sich der 2007 begonnene Bau des EPR in Flamanville in Nordwestfrankreich zu einem finanziellen wie technischen Fiasko entwickelt. Die Inbetriebnahme wird, wenn überhaupt, mit Jahren Verspätung stattfinden. Die Kosten haben sich entgegen anfänglicher Kalkulationen auf derzeit 12,4 Milliarden Euro mehr als verdreifacht. Zur Zeit bessert EdF gravierende Mängel an Schweißnähten des Reaktors nach. Darüber hinaus jedoch, sagen Kritiker, erwecke das Schreiben den Anschein, als sei die Entscheidung für den Bau neuer Atomreaktoren praktisch schon gefallen – ohne Beteiligung der Öffentlichkeit.